Nr. 138

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

15. Januar 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

An erster Stelle muss unsere Gesundheit stehen – und nicht ihr Profit!

Noch härtere Kontakt- und Bewegungseinschränkungen, Schulen, Läden und Cafés weiter geschlossen: Die gesamte einfache Bevölkerung nimmt massive Belastungen und oft auch heftige finanzielle Einbußen auf sich, um die Zahl der Infektionen und Toten endlich wieder zu senken. Doch die Konzerne brauchen sich an keine dieser Einschränkungen zu halten!

Im Betrieb und auf dem Weg dahin dürfen sich weiter Tag für Tag unzählige Hausstände treffen. Und auch die 15-Kilometer-Regel gilt für Unternehmen selbstverständlich nicht.

Eltern müssen sich in ihren kleinen Wohnungen den ganzen Tag um zwei oder drei Kinder kümmern, müssen sie betreuen, ihnen beim Lernen helfen – und dabei häufig sogar noch arbeiten! Das ist „zumutbar“, um das Virus einzudämmen. Aber die Konzerne zu zwingen, einige Wochen lang den Bau von Autos, von Rüstungsgütern, die Produktion von Farbstoffen oder den Verkauf von Werbung im CallCenter einzustellen, das ist „unzumutbar“?
Sechsjährige Kinder müssen wochenlang auf Bildung und Spielkameraden verzichten, um die Pandemie zu bekämpfen. Aber dass die Kapitalisten ein paar Wochen lang auf ihren Profit verzichten, das ist undenkbar?

Selbst Homeoffice wird nur noch halb so vielen Arbeitenden erlaubt wie im Frühjahr. Um sie unter ihrer direkten Kontrolle zu haben, setzen viele Betriebe ihre Arbeitenden dem Risiko aus, sich in Bus und Bahn oder im Büro anzustecken.

Die Bosse haben die Frechheit zu behaupten, dass sich auf der Arbeit kaum jemand anstecken würde. Was für eine widerliche Lüge! Wir alle haben entweder in unserem Betrieb oder im Bekanntenkreis Ansteckungen am Arbeitsplatz erlebt. Doch in den meisten Betrieben wird alles getan, um geheim zu halten, wie viele sich wann und in welchen Abteilungen angesteckt haben. Die Arbeitenden können nicht einmal kontrollieren, ob alle, die betroffen sind, in Quarantäne geschickt und getestet werden.
Es geht um ihre Gesundheit und die ihrer Familien: Diese, wie so viele Informationen und Entscheidungen, gehören unter die Kontrolle der Arbeiter!

In einigen Betrieben hat man Arbeitenden sogar mit Kündigung gedroht, wenn sie dem Gesundheitsamt ehrlich sagen, mit wem sie im Betrieb alles Kontakt hatten – oder wenn sie ihre Arbeitskollegen oder Kunden informieren, dass sie infiziert sind. Dies ist eine besonders skrupellose Form von dem, was letztlich die gesamte kapitalistische Klasse und die Regierung macht: nämlich das Recht auf Profit über die Gesundheit, über die Interessen der Allgemeinheit zu stellen – nicht nur bei Corona.

Mit ihrer Weigerung, die nicht lebensnotwendigen Betriebe herunterzufahren, schaffen sie tagtäglich neue Infektionsherde in den Transportmitteln und Betrieben und sabotieren das, was die einfache Bevölkerung unter so harten Entbehrungen zu erreichen versucht!

Für die kapitalistische Klasse wäre es kein Problem, die Wirtschaft für einige Wochen herunterzufahren und dabei alle Löhne voll weiterzubezahlen – sodass niemand Angst um seinen Arbeitsplatz und Lohn haben müsste. Die Kapitalisten haben nicht nur gigantische Vermögen in der Hinterhand. In der Krise haben sie sich sogar noch weiter bereichert.
Die 119 Milliardäre in Deutschland (also die Großaktionäre der Konzerne) haben ihr Vermögen seit März um 100 Milliarden Dollar gesteigert. Doch was machen sie mit diesem Geld? Sie zocken damit: Sie spekulieren an der Börse!

Inmitten der Pandemie, zwischen Massenentlassungen, Pleiten und wachsender Armut hat die deutsche Börse letzte Woche einen Rekordwert erreicht. Während Millionen Lohnabhängige und kleine Selbstständige um ihre Existenz bangen, schmeißt die kapitalistische Klasse in dem großen Casino der Börse mit so viel Geld um sich wie noch nie!

Ein Bruchteil des Reichtums, mit dem sie in diesem Glücksspiel zocken, würde ausreichen – und kein Lohnabhängiger und kein kleiner Selbstständiger müsste durch einen Lockdown unter Existenzangst leiden.

Doch dafür müssen wir Arbeitenden dieser parasitären Klasse entgegentreten – und durchsetzen, dass unsere gesundheitliche und materielle Sicherheit über ihrem Recht auf Profit steht.

Schließung von Krankenhäusern: Eine tödliche Epidemie

Mitten in der Corona-Pandemie, zwischen Juni und Dezember, sind in Deutschland 17 Krankenhäuser geschlossen worden! Und zwar alle aus einem einzigen Grund: weil sie „finanziell nicht rentabel“ waren.

Seit Monaten bemühen sich alle, sich verantwortungsbewusst zu verhalten – nicht zuletzt, damit die Krankenhausbetten für die Behandlung der Corona-Patienten ausreichen. Aus demselben Grund müssen Operationen und Behandlungen verschoben werden – mit all den belastenden Folgen für die betroffenen Patienten. Doch zur selben Zeit schließen Krankenhausbetreiber und Regierung ganze Krankenhäuser, weil diese kein Geld einbringen!

Die Herrschenden und ihr Profitdenken sind verantwortungslos – und für die Gesellschaft untragbar!

USA: Die extreme Rechte reckt ihr dreckiges Haupt

Vor kaum zwei Wochen hat die Welt erlebt, wie rechtsradikale Banden das Kapitol gestürmt haben. Seitdem aber dreht sich alles nur darum, wann Trump abdankt: Als wären mit seinem Abgang alle Probleme beseitigt!
Wir Arbeitenden dürfen uns nichts vormachen. Trump mag von der Bildfläche verschwinden. Die bedrohlichen rechtsextremen Kräfte werden es nicht. Was am Kapitol passiert ist, ist ein Warnsignal – nicht nur in den USA.

Sicher, noch stellen diese rechten Kräfte eine kleine Minderheit dar. Nur einige Zehntausende waren dem Aufruf von Trump gefolgt, der großspurig einen „Marsch der Millionen“ auf Washington angekündigt hatte. Nur wenige hundert drangen in das Kapitol ein, und ihr Auftritt hatte eher karnevalistische Züge: Man denke nur an den halbnackten Mann, der mit einer Fellkappe mit Hörnern posierte, das Gesicht als Nationalflagge bemalt.

Doch unter diesen albernen Verkleidungen steckten Frauen und Männer, die an die Überlegenheit der „weißen Rasse“ glauben. Hinter ihnen stehen paramilitärischen Gruppen, die in den letzten Wochen – angeheizt durch die Wahlfälschungskampagne Trumps – noch häufiger Schwarze, Einwanderer, Juden und Muslime angegriffen und zum Teil schwer verletzt haben.
Gruppen, die im Sommer in Tennessee versucht haben, die Gründung von Gewerkschaften zu verhindern. Und die einen Hass auf alle „Sozialisten“ hegen, sprich auf alles, was mit sozialen Rechten, Streiks und Perspektiven der Arbeiterklasse zu tun hat – der Klasse, die sich aus all denjenigen zusammensetzt, die diese rechten Banden verachten.

Solche Gruppen hat es schon immer in den USA gegeben. Doch in letzter Zeit nimmt ihre Zahl deutlich zu, auch auf der Basis neuer Verschwörungstheorien. Die wirtschaftliche, soziale und gesundheitliche Krise gibt ihnen Nahrung.

Seit der Finanzkrise von 2008 haben die soziale Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Armut stark zugenommen – und mit ihnen die Angst vor dem sozialen Abstieg und der Hass auf die Machteliten. Viele reagieren, indem sie sich in Nationalismus, Identität und Religion zurückziehen. Trump ist es gelungen, sich auf diese Gefühle zu stützen und damit viele Wähler zu gewinnen.

Seine rassistische Hetze hat dazu beigetragen, von den eigentlichen Verantwortlichen für die Krise, der kapitalistischen Klasse abzulenken. Und sie hat rechtsradikale Gruppen ermutigt, zu Taten zu schreiten. Diese Gruppen werden weitermachen. Und der erfolgreiche Sturm des Kapitols kann sie dabei nur ermutigen.



„Camp Ausschwitz. Arbeit macht frei“ steht auf dem Sweatshirt eines der „Kapitol-Stürmer“

Viele, auch deutsche Politiker beschwören nun die „demokratischen Kräfte und Institutionen“, als könnten diese ein Schutz vor diesen Entwicklungen sein. Dabei kamen die rechten, umstürzlerischen Aktionen doch mitten aus dem Herzen eben dieser Institutionen: vom Präsidenten und dem Inneren der Republikanischen Partei.

Heute mögen sich ein paar seiner republikanischen Parteifreunde von Trump distanzieren. Doch solange dieser mit seiner Hetze die Wahlen gewann, hat es sie nicht gestört, dass Trump sein rassistisches und sexistisches Gift versprüht hat.
Heute empören sie sich über den Angriff auf „die Demokratie“, weil das Kapitol geschändet wurde: ihr Tempel, in dem sie Gesetze gegen Arbeiter und Kriege beschließen. Doch als dieselben Banden im Sommer mit Zustimmung Trumps die Demonstrationen gegen Rassismus angegriffen und sogar mehrere Demonstranten umgebracht haben – da haben dieselben Abgeordneten sich kein bisschen über diese brutalen Angriffe auf demokratische Rechte empört.

Nein, ihre „Institutionen der Demokratie“ werden uns nicht vor der Gefahr der extremen Rechten schützen. Das hat auch die Haltung der Polizei am 6. Januar mehr als deutlich gezeigt.

Schon Wochen vor dem 6. Januar war in den sozialen Medien für den Sturm auf das Kapitol geworben worden. Doch während die Polizei bei den Demonstrationen gegen Rassismus, ja sogar bei jeder einfachen Umweltdemonstration martialische Geschütze am Regierungssitz auffährt, war die Polizei diesmal wie weggeschmolzen. Dieselben Polizisten, die keine Skrupel haben, auf schwarze Kinder zu schießen, verhielten sich hier sehr zurückhaltend, ja teilweise komplizenhaft. Einige ließen sich sogar mit den Rechten fotografieren.

Nicht wenige Polizisten fühlten sich den Demonstranten und ihren Ansichten durchaus ein Stück verbunden. Und es ist auch kein Zufall, dass zahlreiche Demonstranten ehemalige Polizisten und Militärangehörige waren. So wie Ashli Babbitt, die Frau, die während des Sturms auf das Kapitol getötet wurde und die vierzehn Jahre lang Soldatin, unter anderem in Afghanistan und dem Irak gewesen war.

Diese Nähe zwischen Polizei, Armee und extremer Rechter ist nicht neu – und sie ist auch keine Besonderheit der USA. Wie viele rechtsradikale Chats, Netzwerke und sogar Terrorzellen sind allein in den letzten zwei Jahren in der deutschen Polizei und der Bundeswehr entdeckt worden! Wie viele Verflechtungen zwischen Angehörigen von Polizei und Verfassungsschutz, der AfD, militanten rechtsradikalen Gruppen und Verschwörungstheoretikern gibt es – genau die, die auch bei uns im Sommer den Reichstag zu stürmen versucht haben.

Wenn wir Arbeitenden nicht wollen, dass diese Kräfte stärker werden, dass in den Stadtteilen irgendwann niemand mehr sicher ist, der nicht in das Weltbild dieser Rechtsextremen passt, dann müssen wir uns darauf vorbereiten, uns ihnen selber entgegenzustellen.

Die Arbeiterklasse verfügt als einzige über die gesellschaftliche Kraft hierfür. Sie ist die einzige, die einen Ausweg aus dem Sumpf der kapitalistischen Krise eröffnen kann, der diese Monster hervorbringt. Wenn die Arbeiterklasse wieder anfängt, für ihre materiellen politischen Interessen zu kämpfen und sich hierfür zu organisieren, kann sie alle diejenigen hinter sich vereinen, die die kapitalistische Gesellschaft satt haben.

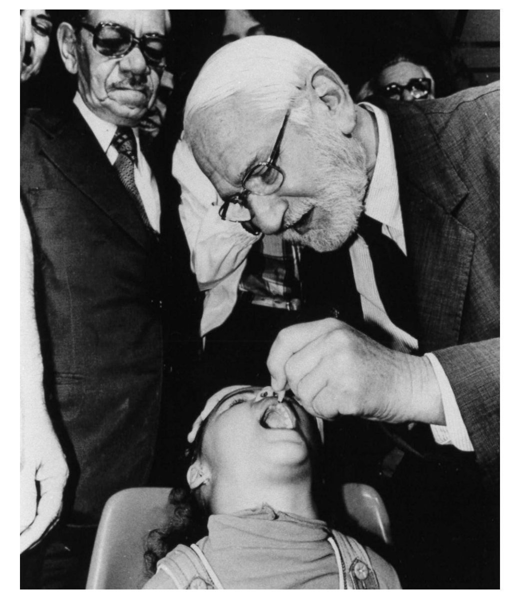
Impfstoffe:

Abschaffung der Patente, Produktion unter Kontrolle der Bevölkerung!

Seit die ersten Impfstoffe zugelassen wurden, hat eine widerliche Schlacht der Staaten um die ersten produzierten Impfstoffdosen begonnen – genau wie letztes Frühjahr um die Masken. Eine Handvoll reicher Staaten – allen voran die USA, die EU, Großbritannien, Japan und Kanada – haben den Großteil der weltweit verfügbaren Impfungen aufgekauft und vorbestellt. Die Menschen in vielen ärmeren Staaten hingegen werden noch viele Monate warten müssen, bevor die ersten Impfungen bei ihnen ankommen.

Deutschland gehört zu den Ländern, die sich am meisten Impfstoff gesichert haben. Trotzdem diskutieren die großen Parteien seit Wochen einzig darüber, ob Deutschland dank seiner wirtschaftlichen Macht noch mehr von den knappen Impfstoff-Mengen aufkaufen könne: Was nichts anderes bedeutet, als dass dann unsere Familien oder die Familien unserer Arbeitskollegen, die in Polen, der Türkei oder Griechenland leben, noch länger auf eine Impfung warten müssten. Sich gegenseitig die wenigen Impfstoff-Mengen wegzunehmen, ist keine Lösung für die einfache Bevölkerung.

Die einzig sinnvolle Antwort auf den Mangel an Impfstoff kann nur darin bestehen, dessen Produktion so schnell wie möglich massiv auszuweiten. Dies aber wird stark dadurch behindert, dass jeder Pharmakonzern „seinen" Impfstoff hat patentieren lassen. Und damit darf er nur in den vom Konzern lizensierten Produktionsanlagen hergestellt werden.
Wie viel mehr Impfstoff könnte in nur wenigen Monaten hergestellt werden, wenn dieses Wissen kein geschütztes Privateigentum wäre! Wenn Pharmabetriebe in allen Teilen der Welt die bereits zugelassenen Impfstoffe produzieren dürften?



„Viele haben mich gedrängt, den Impfstoff patentieren zu lassen, aber ich wollte nicht. Dies ist mein Geschenk an alle Kinder der Welt." (Albert Sabin, Erfinder der Schluckimpfung gegen Kinderlähmung, 1962)

Aber nein, obwohl ein Großteil der Forschung an den Corona-Impfstoffen mit Staatsgeldern finanziert wurde und obwohl sogar die kapitalistische Klasse möglichst schnelle Impfungen für ihre Wirtschaft will, ist es für die Regierungen undenkbar, das heilige Privateigentum auch nur anzutasten. In ihrer kranken Gesellschaftsordnung steht das Recht der Pharmakonzerne, sich gigantisch zu bereichern, über den Interessen der gesamten Menschheit.

Und Pech, wenn dafür Milliarden Menschen noch länger die gesundheitlichen und sozialen Folgen der Pandemie ertragen müssen! Wenn dadurch der Impfstoff für den ärmsten Teil der Weltbevölkerung außerdem jahrelang unbezahlbar bleibt – weil Pharmakonzerne wie Bion-Tech, Pfizer oder Moderna dank ihrer Patente das Zehnfache des Herstellungspreises und mehr für den Impfstoff verlangen können.

Forschung und Produktion der Impfstoffe gehören unter die Kontrolle der Bevölkerung. Nicht Profit darf darüber entscheiden, wie viel und für wen der Impfstoff produziert wird. Die Produktion der Impfstoffe muss nach einem weltweiten Plan erfolgen, der ausschließlich das Wohl aller Menschen zum Ziel hat.

Wenn alle Forschungsergebnisse öffentlich sind und kein Profit mit ihnen gemacht werden könnte, dann würde auch das verständliche Misstrauen gegenüber den Impfstoffen verschwinden. Denn schließlich sind all die Skandale, in denen Pharmakonzerne aus Profitgründen Nebenwirkungen und andere Gefahren ihrer Medikamente verschwiegen haben, ein entscheidender Grund dafür, warum heute so viele Menschen zögern, sich gegen Corona impfen zu lassen. Die Profitgier droht damit die Anstrengungen und Errungenschaften von Tausenden Forschern zu untergraben!

Was heute passiert, macht eines erneut sehr deutlich: Forschung und Produktion gehören in die Hände und in den Dienst der Bevölkerung – nicht nur bei Corona!

TUI: Kassieren und entlassen

Letztes Jahr hat der TUI-Konzern gleich drei Mal Rettungsgelder vom Staat bekommen: insgesamt 4,8 Milliarden Euro. Zusätzlich zahlen Deutschland und mehrere andere Staaten für TUI die Löhne (in Form von Kurzarbeitergeld). Alles angeblich zur Rettung der Existenz des Konzerns und der Arbeitsplätze.
Von wegen! TUI kassiert die staatlichen Milliarden und vernichtet gleichzeitig skrupellos die Arbeitsplätze: Im letzten Jahr hat der Konzern bereits 21.000 Arbeitsplätze abgebaut. Und dieses Jahr sollen weitere 8.000 Arbeitende entlassen werden.
Ob bei der Lufthansa, bei TUI oder anderswo: Die Regierung rettet immer nur das Unternehmen für die Aktionäre. Für die Rettung unserer Arbeitsplätze und Löhne müssen wir Arbeitenden selber kämpfen!

Deutsche Post:
Berufsanfänger nach 91 befristeten Verträgen?

Eine Paketzustellerin von DHL (Deutsche Post) hat in Berlin vor dem Arbeitsgericht geklagt und gewonnen: Seit dem Jahr 2000 hatte sie insgesamt 82 (!) befristete Verträge bei DHL gehabt. Und als sie dann endlich (nach einem Zwischenspiel bei der Niedriglohn-Tochter DHL Delivery) fest eingestellt werden sollte, da wurde sie von DHL als „Anfänger ohne Berufserfahrung" in die niedrigste Lohnstufe eingruppiert!
Sie hat vor Gericht gewonnen und bekommt nun mehr Geld. Doch sie ist die einzige: Mehrere andere Arbeitende von DHL, denen ähnliches passiert ist, haben vor den Arbeitsgerichten ihrer Städte verloren. So hat ein Arbeitsrichter bestätigt, dass ein Paketzusteller aus Sachsen nach 91 befristeten Arbeitsverträgen bei DHL bei seiner Festanstellung ein „Anfänger" ist.

Das Gesetz, nach dem die Richter „Recht sprechen", ist das Gesetz der kapitalistischen Klasse. Unser Recht müssen wir Arbeitenden gemeinschaftlich mit unseren eigenen Mitteln durchsetzen.

Rekorddividende für Galeria Karstadt Kaufhof-Besitzer

Mitte dieses Jahres wurden ein Fünftel aller Arbeiterinnen und Arbeiter von Galeria Karstadt Kaufhof entlassen – ohne jede Abfindung und mit dem Messer an der Gurgel, weil das Unternehmen angeblich „insolvent“ war.
Und jetzt, keine sechs Monate später, genehmigt sich der Karstadt Kaufhof Besitzer – der Milliardär Benko – 100 Millionen Euro Dividende, und den Mit-Aktionären seiner Unternehmensgruppe ebenfalls 100 Millionen Euro: Eine Rekorddividende, ein Drittel mehr als im Vorjahr... weil „die Geschäfte so gut gelaufen sind“!

Die Kapitalisten belügen und betrügen uns, damit wir die Entlassungen als „unvermeidlich“ hinnehmen. Wir müssen uns das Recht nehmen, alle Konten der Unternehmen und ihrer Großaktionäre zu kontrollieren und das Geld beschlagnahmen, das wir schließlich erarbeitet haben – und das dem Erhalt unserer Existenz, der Bezahlung unserer Löhne dienen muss!



Karstadt Kaufhof Besitzer Benko und seine Ehefrau freuen sich über den Geldsegen

Das Grundrentchen kommt... irgendwann

Nach jahrelanger Diskussion gibt es seit Januar also die Grundrente. Diejenigen, die mindestens 33 Jahre gearbeitet haben und trotzdem unter der Armutsgrenze leben müssen, bekommen damit im Schnitt... 75 Euro mehr als vorher. Doch selbst diese paar Euro bekommen die Rentnerinnen und Rentner frühstens im Sommer. Denn vorher wird bei jedem genau geprüft, ob er auch wirklich „bedürftig“ ist und nicht doch ein paar Euro „zu viel“ hat.
Derzeit bekommen Konzerne Milliarden an Subventionen und Kurzarbeitergeld – ohne irgendeine Kontrolle und Prüfung auf „Bedürftigkeit“. Sie bekommen das Geld trotz Milliardengewinnen und schütten es teilweise direkt als Dividende an die Aktionäre aus.
Aber klar, wenn man den Kapitalisten so großzügig die Milliarden in den Rachen wirft, muss man zumindest bei jedem Arbeiter genau prüfen, dass er ja nicht 75 Euro „zu viel“ Rente bekommt!

Riesterrente: Eine Rente für Banken und Versicherungen

Die Organisation „Finanzwende“ hat 65 gängige Riesterrenten-Angebote ausgewertet. Das Ergebnis: Jeden vierten Euro, der über Beiträge oder staatliche Zulagen in die Riesterrente eingezahlt wird, stecken sich die Versicherungen als „Gebühren“ ein! Allein durch die staatlichen Zulagen haben die Banken und Versicherungskonzerne seit 2002 auf diese Weise 35 Milliarden Euro kassiert.
Die Regierung hat diese privaten Zusatzrenten eingeführt mit der Behauptung, wir könnten damit unsere geringe gesetzliche Rente aufbessern und uns so im Alter „absichern“. Doch die einzigen, die mit der Riesterrente abgesichert werden, sind die Profite der Banken und Versicherungskonzerne.

Sparwahn: Eine gefährliche Krankheit

Mindestens 3.500 Pflegekräfte oder Ärzte in NRW haben in den letzten Monaten gearbeitet, obwohl sie eine Kontaktperson 1.Grades und daher in Quarantäne waren. Sie hätten eigentlich nicht einmal das Haus verlassen dürfen. Doch weil der Personalmangel so groß war, mussten sie trotzdem arbeiten kommen – wodurch Patienten und Arbeitskollegen der ernsten Gefahr ausgesetzt wurden, sich anzustecken. Und seit letztem Monat ist es sogar noch schlimmer: Jetzt werden sogar Pflegekräfte und Ärzte gezwungen zu arbeiten, die nachweislich mit Corona infiziert sind.
Der Personalmangel – verursacht durch die jahrzehntelange Sparpolitik – ist lebensgefährlich!

Höhere Preise – höhere Löhne?

Viele Energieversorger haben die Gaspreise für 2021 extrem angehoben: Eine durchschnittliche Familie muss 100 Euro mehr im Jahr zahlen. Hinzu kommen die gestiegenen Preise für Lebensmittel, für Strom, für... Die allermeisten Arbeitenden aber haben nicht in Ansätzen genug Lohnerhöhung bekommen, um die steigenden Preise auszugleichen – im Gegenteil, viele haben keinen Cent mehr Lohn gesehen.

Damit wir nicht jedes Jahr ärmer werden, müssen alle Löhne und Renten automatisch steigen, wenn die Preise steigen!

NRW: Noch weniger Lehrkräfte für die Schulen

Die NRW-Landesregierung hat einen weiteren Weg gefunden, den Schulen Geld und Lehrerstellen wegzunehmen!

Soziale Brennpunkte mit vielen Schülern aus ärmeren Verhältnissen und vielen Schülern, die erst seit kurzem in Deutschland leben oder die sonderpädagogischen Förderbedarf haben, haben eigentlich Anspruch auf extra Lehrerstellen und Geld. Doch die NRW-Landesregierung hat die Verteilung dieser Gelder geändert – unter dem Vorwand, die Verteilung „gerechter“ zu machen. In Wahrheit aber haben es nach den neuen Regeln alle Schulen schwerer, überhaupt etwas aus diesem Topf zu bekommen. Und selbst die Schulen, die es am dringendsten brauchen, haben nun weniger Lehrerstellen und Geld als vorher!

Wenn die Regierung „Verbesserungen“ und „mehr Gerechtigkeit“ ankündigt, dann können wir uns sicher sein, dass unter der Verpackung Verschlechterungen für uns stecken. Verbesserungen wird es nur dann geben, wenn wir für sie kämpfen!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!